

Bauernprotest gegen angebliche Umweltpolitik nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in Belgien

geschrieben von AR Göhring | 6. März 2023

von AR Göhring

Letzte Woche legten 2.700 flämische Traktoren den Hauptstadtverkehr in Brüssel teilweise lahm. Grund: Ähnlich wie bei den niederländischen Nachbarn versuchen autoritäre Politiker, im Namen der Reduktion angeblich giftigen Stickstoffs im Boden die Zahl der Bauernhöfe zu senken.

Im belgischen Flandern spricht man niederländisch und kann sich daher problemlos mit den Nachbarn im Nordosten verständigen. Das haben die flämischen Bauern wohl getan – und trugen den Protest gegen eine angebliche Naturschutzpolitik der Regionalregierung in großer Zahl nach Brüssel. Die Argumentation der flämischen Regionalpolitiker deckt sich mit der der internationalen Initiative, die auch in Kanada oder Sri Lanka versucht(e), mit Klima-Argumenten selbstsüchtige Interessen durchzusetzen. Künstlicher Ammonium-Dünger setzt nach mikrobiellem Abbau Lachgas N_2O frei, das angeblich das CO_2 beim Erderwärmen unterstützt. Tatsächlich soll es in den Niederlanden durch das via Klimaschutzpolitik induzierte Bauernsterben darum gehen, zusätzliches Bauland zu schaffen, um Einwanderung zu ermöglichen. Ob das so stimmt oder nicht – es würde nur den Interessen entrückter Mini-Eliten dienen.

Daß die Pläne zur „Ent-Nitrogenisierung“ der Landwirtschaft unwissenschaftlicher Unfug sind, bewies die Regierung in Sri Lanka schnell und eindrucksvoll: 2022 stürmten hungernde Bauern nach einer gewaltigen, künstlich verursachten Mißernte den Regierungspalast bei Colombo und verjagte das um sein Leben bangendes Kabinett. Die Regierung hatte ihr „Umweltschutzprogramm“ für die Landwirtschaft importiert – im Land wurde die Idee nicht geboren.

In Deutschland und den Benelux-Staaten wird seit geraumer Zeit nicht mehr großzügig gedüngt, sondern knapp/optimal – Dünger ist teuer, und Naturschutzbestimmungen gegen Eutrophierung gibt es schon lange. Bleiben noch die Kühe und Schweine als Quelle von Gülle und damit von Stickstoff.

„Keine Zukunft ohne Bauern“ hieß es auf Plakaten der Demonstranten. Sie fürchteten, die Zahl der Tiere in ihren

Ställen drastisch reduzieren oder sogar ganz schließen zu müssen.

Also eine ähnliche Situation wie in den Niederlanden – wer die Vorgaben beim Düngen oder in der Tierhaltung nicht erfüllen kann, wird schließen müssen. Schon daran sieht man, daß das „Stickstoff“-Problem nur geografisch verschoben wird. Wenn Belgien weniger Bauern hat, gibt es auch weniger heimische Lebensmittel – der Ersatz wird importiert werden müssen. Daß das nicht „klimaneutral“ sein kann, ist klar.